

Arbeitsergebnisse des Sozialgerichts Detmold 2016

01. März 2017

Präsident des Sozialgerichts Martin Wienkenjohann
Vizepräsident des Sozialgerichts Uwe Wacker

www.sg-detmold.nrw.de

05231 704-224

Inhaltsübersicht

Teil 1: Statistische Übersicht 2016

- I. Daten und Zahlen 2016
- II. Aufteilung der Rechtsgebiete
- III. Übersicht über die Geschäftsentwicklung in den einzelnen Sachbereichen
- IV. Erfolgsquoten
- V. Verfahrensdauer
- VI. Prozesskostenhilfeanträge
- VII. Entwicklung der Klagen und einstweiligen Rechtsschutzverfahren in den Rechtsgebieten SGB II und SGB XII (Hartz IV) von 2005 bis 2016

Teil 2: Ausgewählte Entscheidungen

I. Asylbewerberleistungsgesetz:

Beschluss vom 13.09.2016 (Einstweiliger Rechtsschutz für Asylbewerber)

II. Grundsicherung für Arbeitssuchende:

Urteil vom 25.10.2016 (Wohnhaus als zu berücksichtigendes Vermögen)

Urteil vom 17.11.2016 (Regelbedarfe 2016 verfassungsgemäß)

III. Krankenversicherung

Urteile vom 04.11.2016 und vom 19.01.2017 (Krankenhausvergütung)

IV. Pflegeversicherung

Urteil vom 15.09.2016 (Kosten für ein Hausnotrufsystem)

Geschäftsentwicklung bei dem Sozialgericht Detmold



Teil 1: Statistische Übersicht 2016

I. Daten und Zahlen 2016*

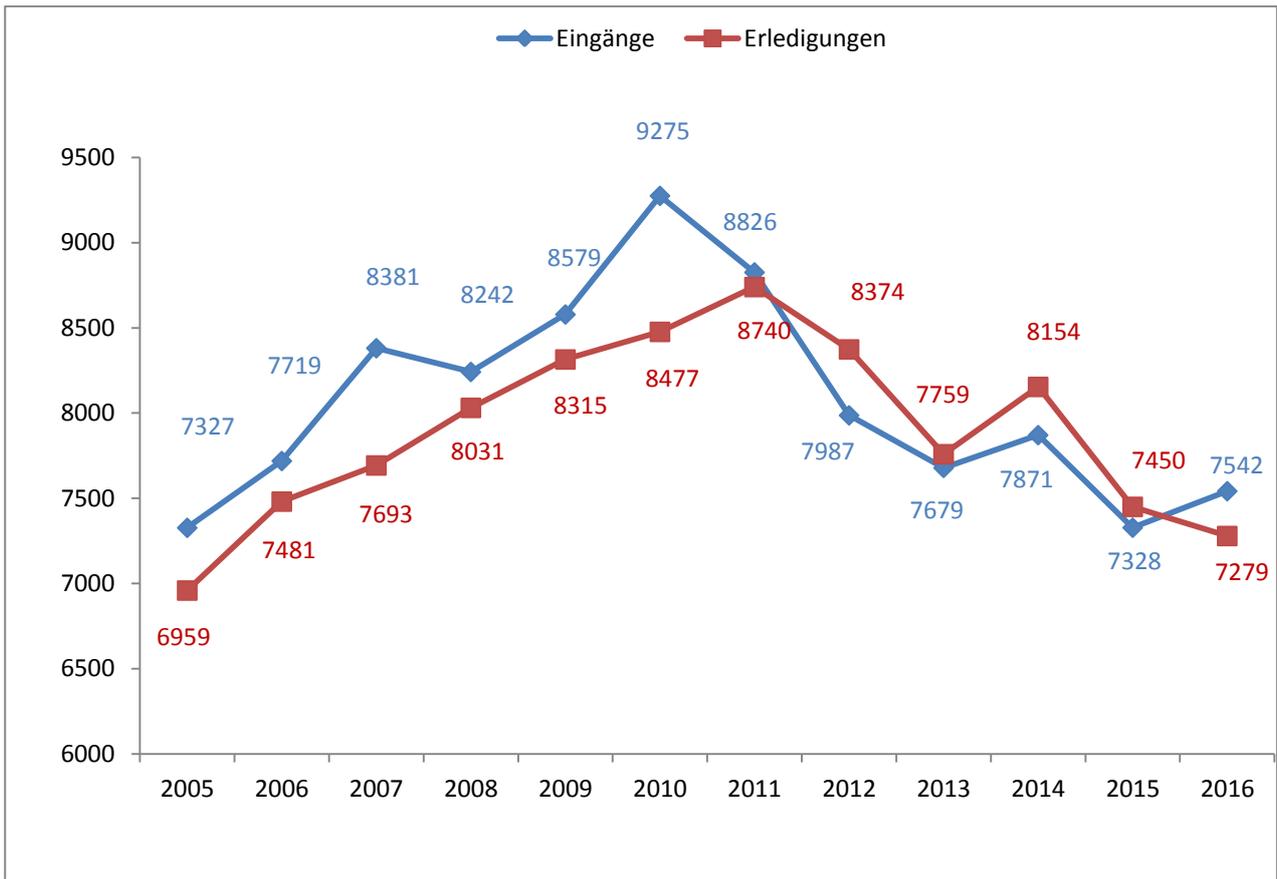
Das Sozialgericht Detmold ist zuständig für 2.036.468 Einwohner** (Stand: 30.06.2015) im Regierungsbezirk Detmold.

Im Kalenderjahr 2016 gingen bei dem Sozialgericht Detmold insgesamt 7542 Rechtsbehelfe (Klagen und Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz) neu ein. Das waren 214 mehr als im Vorjahr (+ 2,92%). Im Durchschnitt bestand pro Richter/in eine Eingangsbelastung von 385 (Vorjahr 370) Streitverfahren.

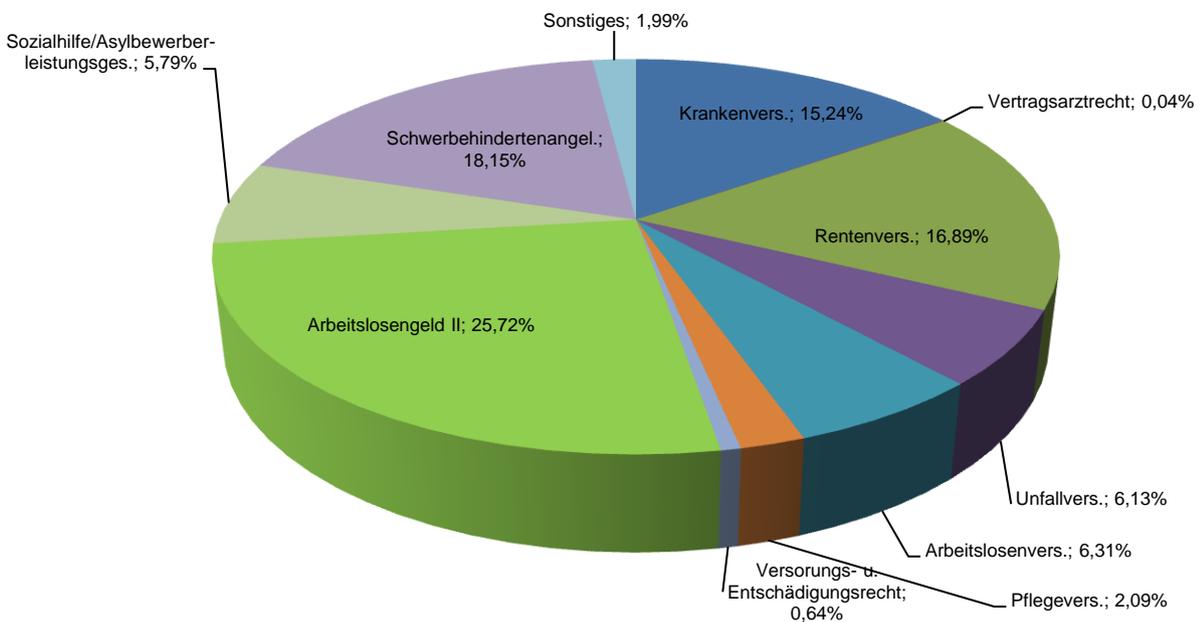
Das Sozialgericht konnte 2016 insgesamt 7279 Verfahren beenden (- 2,3%) und damit weiterhin – trotz eines geringfügigen nominalen Rückgangs – sein hohes Erledigungsniveau halten. Im Durchschnitt erledigte jede Richterin und jeder Richter 372 (Vorjahr: 377) Verfahren. Am Jahresende 2016 waren bei dem Sozialgericht 8331 (Vorjahr: 8072) unerledigte Verfahren anhängig. Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Bestand damit um 3,2%.

* Datenquelle: 2000-2006 Bundesstatistik; ab 2007 IT.NRW-Zählkartenstatistik

** Quelle: www.it-nrw.de

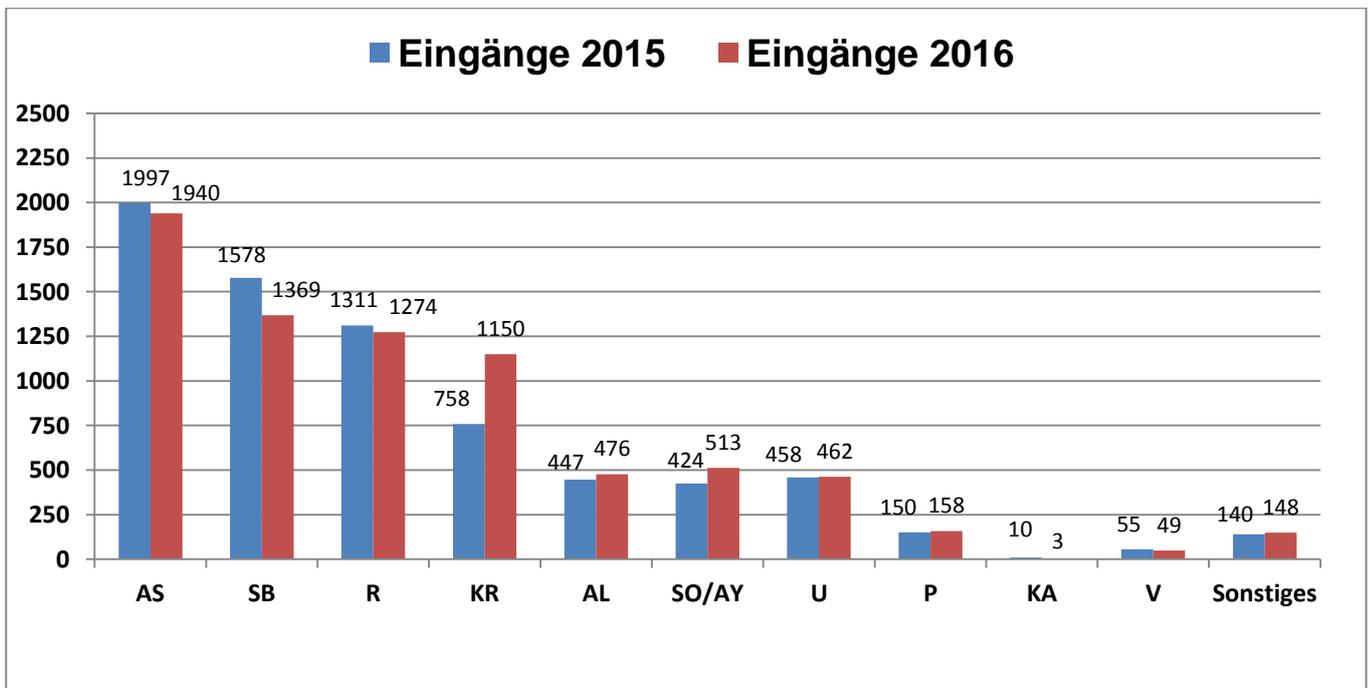


II. Aufteilung der Rechtsgebiete: Eingänge 2016



III. Übersicht über die Geschäftsentwicklung in den Sachgebieten

Sachgebiet	Eingänge 2015	Eingänge 2016	Verän- derungen +/-	Verän- derungen in %
Klagen + einstweiliger Rechtsschutz				
Grundsicherung für Arbeitsuchende (AS)	1997	1940	-57	-2,85%
Schwerbehindertenrecht SGB IX	1578	1369	-209	-13,24%
Rentenversicherung	1311	1274	-37	-2,82%
Krankenversicherung	758	1150	+392	+51,72%
Arbeitslosenversicherung	447	476	+29	+6,49%
Sozialhilfe	390	464	+74	+18,97%
Asylbewerberleistungsgesetz	34	49	+15	+44,12 %
Unfallversicherung	458	462	+4	+0,87%
Pflegeversicherung	150	158	+8	+5,33%
Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	10	3	-7	-70,00%
Versorgungs- u. Entschädigungsrecht	55	49	-6	-10,91%
Sonstiges	140	148	+8	+5,71 %
Gesamt	7328	7542	+214	+2,92%



IV. Erfolgsquoten

Von den erledigten Klagen, an denen Versicherte und Leistungsberechtigte beteiligt waren, endeten für diesen Personenkreis bei dem Sozialgericht Detmold im Kalenderjahr 2016:

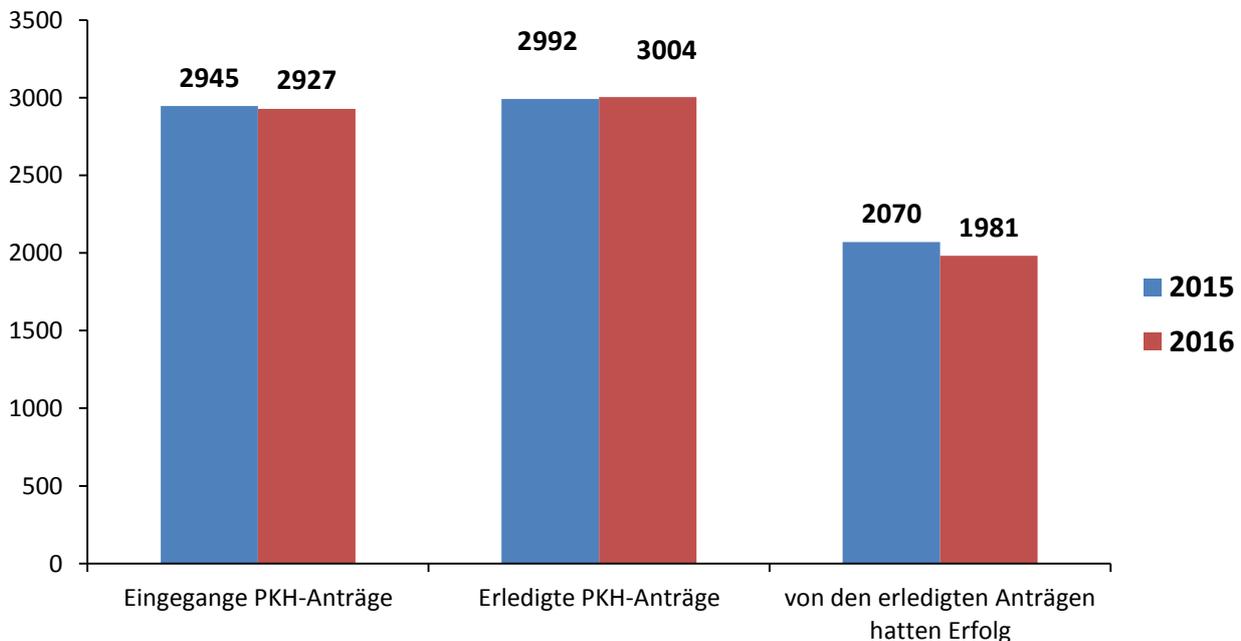
	alle Klagen	SGB II (AS)
mit vollem Erfolg	14,84 %	8,53 %
mit teilweisem Erfolg	22,73 %	24,65%
ohne Erfolg	54,87 %	56,63 %
auf sonstige Art	7,56 %	10,19 %

Die Versicherten und Leistungsberechtigten obsiegten damit in 3,8 von 10 Verfahren zumindest teilweise. Die Erfolgsquote (alle Klagen) sank - verglichen mit dem Vorjahr um 1,22 % auf 37,57% (Vorjahr: 38,79%). Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende (AS) waren die Klagen im Vergleich zu den übrigen Rechtsgebieten geringfügig weniger erfolgreich (33,18 %). 10,19% der Rechtsbehelfe im AS-Bereich wurden auf sonstige Art mit nicht beurteilbarem Erfolg für den Leistungsberechtigten erledigt.

V. Verfahrensdauer

Die durchschnittliche Laufzeit eines Klageverfahrens reduzierte sich weiter auf 11,4 Monate (Vorjahr: 11,8 Monate) und liegt damit unterhalb des Landestrends (13 Monate). Im einstweiligen Rechtsschutz blieb die Verfahrensdauer weiterhin erfreulich kurz. Hier erging eine Entscheidung im Durchschnitt wie im letzten Jahr innerhalb eines Monats (0,8 Monate wie im Vorjahr).

VI. Prozesskostenhilfeanträge



Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der Anträge auf Prozesskostenhilfe (PKH) minimal um 18 auf 2927. Dies ist - verglichen mit 2015 - eine Abnahme um 0,61%. Damit wurde in 38,81% der erstinstanzlichen Verfahren um Prozesskostenhilfe nachgesucht. Dies sind 0,7% weniger als im Vorjahr (39,5%).

Von den Prozesskostenhilfeanträgen, die das Sozialgericht im Jahr 2016 beschieden hat (3004), hatten 1981 Erfolg (65,95%; Vorjahr: 69,2%).

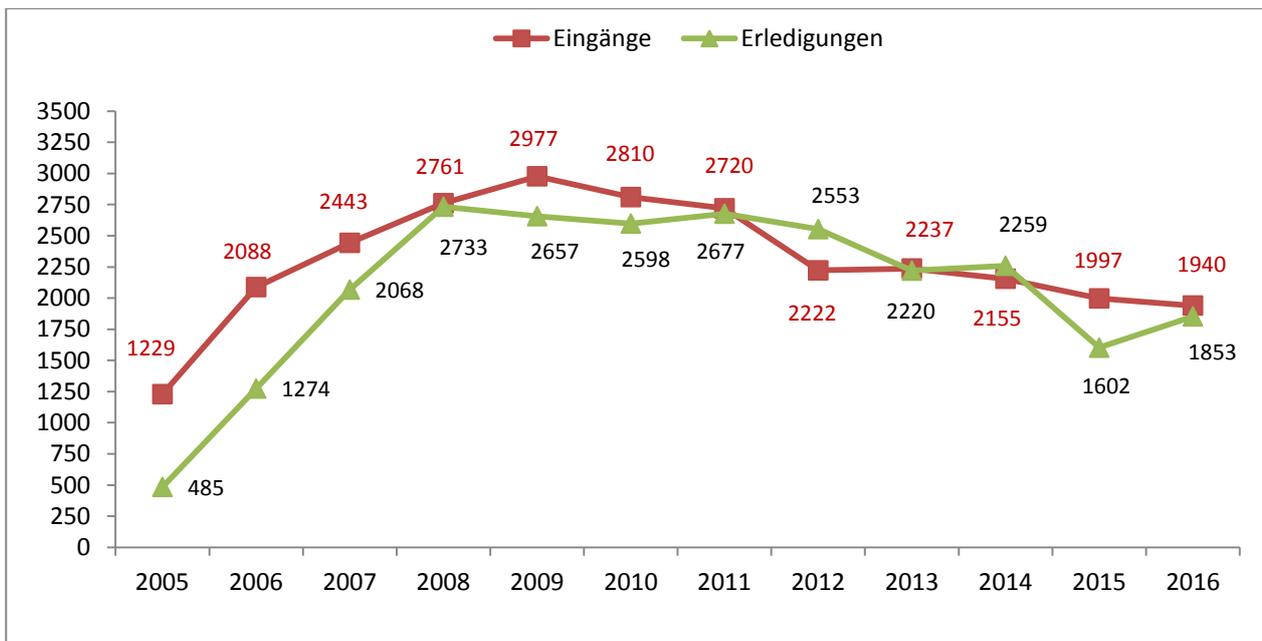
VII. Entwicklung der Klagen und einstweiligen Rechtsschutzverfahren in den Rechtsgebieten SGB II und SGB XII (Hartz IV) von 2005 bis 2016

Obwohl der Höchststand der Klageeingänge im SGB-II-Bereich von 2009 (2977 Eingänge) nicht mehr erreicht wird, stabilisierten sich in den letzten Jahren die Eingangszahlen weiterhin auf relativ hohem Niveau.

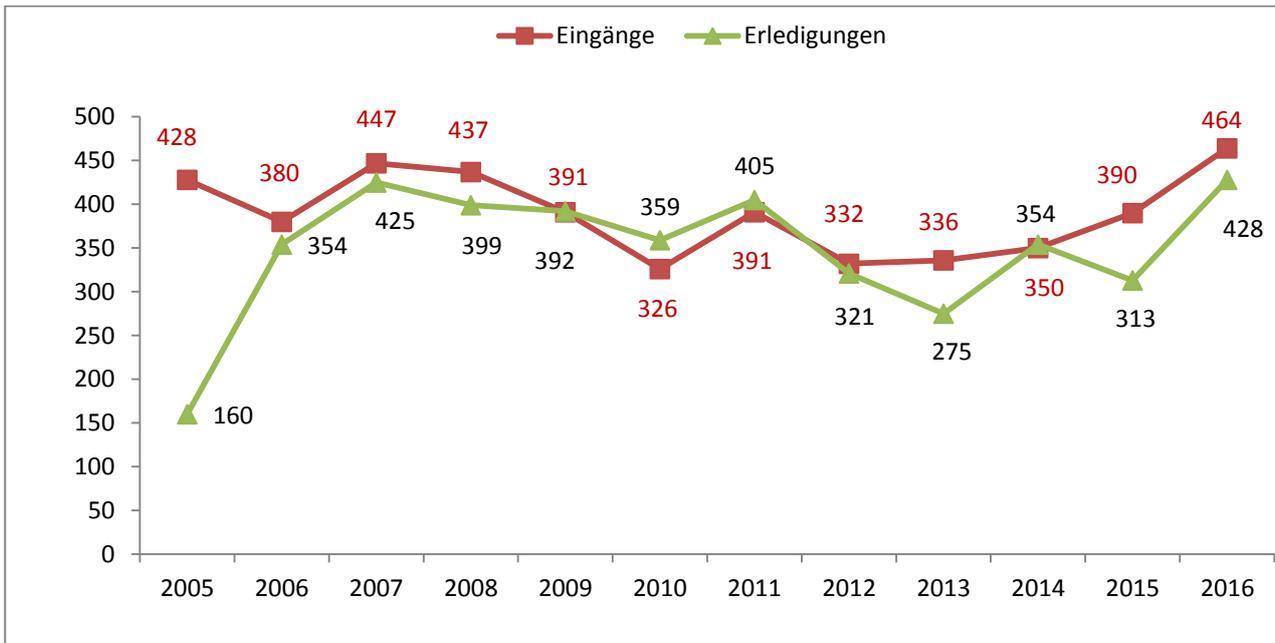
Dieses gilt auch hinsichtlich der SO-Klagen, die von den Eingangszahlen her in den Jahren 2005 bis 2016 nicht derartigen Schwankungen ausgesetzt waren.

Zusammen mit den Klagen auf dem Gebiet des Asylbewerberleistungsgesetzes machten die Grundsicherungs- und Sozialhilferechtsstreitigkeiten wieder rund 1/3 des Arbeitspensums des Sozialgerichts Detmold aus.

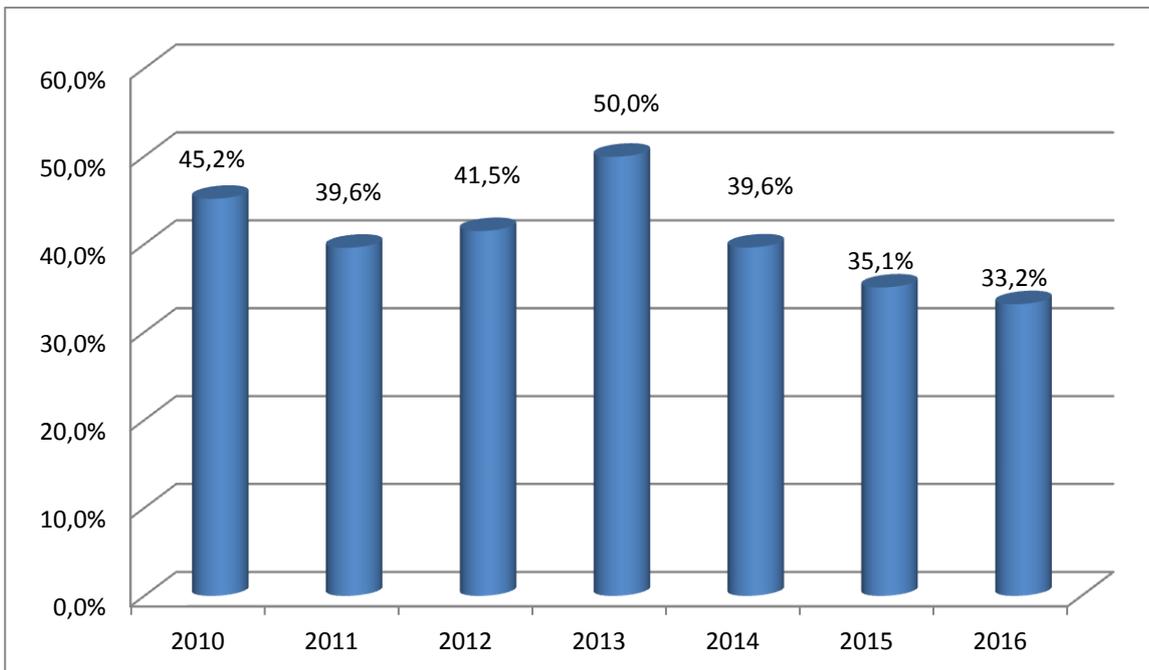
SGB-II-Klagen + einstweiliger Rechtsschutz



SO-Klagen + einstweiliger Rechtsschutz



Erfolgsquoten im SGB-II-Bereich



Teil 2: Ausgewählte Entscheidungen

I. Asylbewerberleistungsgesetz:

Einstweiliger Rechtsschutz für Asylbewerber

Beschluss vom 13.09.2016, Aktenzeichen: S 10 AY 32/16 ER
(Beschwerdeaktenzeichen: L 20 AY 69/16 B ER, Beschluss vom 26.10.2016)

I. Grundsicherung für Arbeitsuchende:

Wohnhaus schließt als Vermögen Hilfebedürftigkeit aus

Urteil vom 25.10.2016, Aktenzeichen: S 18 AS 924/14.
(Berufungsaktenzeichen: L 2 AS 2303/16)

Regelbedarfe sind auch 2016 verfassungsgemäß

Urteil vom 17.11.2016, Aktenzeichen: S 18 AS 237/16
(Berufungsaktenzeichen, L 12 AS 2430/16)

III. Krankenversicherung

Rückzahlungspflicht des Krankenhauses bei falscher Rechnung

Urteil vom 04.11.2016, Aktenzeichen: S 24 KR 48/15

Keine Vergütung für ein Krankenhaus, wenn der Versicherte die Aufnahme gegen ärztlichen Rat verweigert.

Urteil vom 19.01.2017, Aktenzeichen S 3 KR 555/15

IV. Pflegeversicherung

Pflegeversicherung muss anteilig Kosten für ein Hausnotrufsystem übernehmen

Urteil vom 15.09.2016, Aktenzeichen S 18 P 123/13